

# Rollt bald die Pleitewelle an?

**KONJUNKTUR** Trotz Corona-Krise werden weniger Insolvenzen angemeldet. Grund ist die zeitweise Aussetzung der Anzeigepflicht - doch diese läuft jetzt aus.

VON MAX HUNGER

**HALLE/MZ** - Auf den ersten Blick ist es widersinnig: Trotz der für einige Branchen existenzbedrohenden Situation aufgrund der Corona-Krise haben im Juli 43 Prozent weniger Firmen und Privatpersonen in Sachsen-Anhalt Insolvenz beantragt. Das geht aus einer Erhebung des Statistischen Landesamtes hervor. Demnach gingen in einem Monat 211 Anträge auf Insolvenz ein. 28 davon stellten Unternehmen, an sie richtet sich mit zwölf Millionen Euro gut die Hälfte der Gläubigerforderungen. Den Rest stellten Selbstständige und Privatleute. Zum Vergleich: Im Vorjahresmonat gingen insgesamt 370 Anträge auf Insolvenz ein, 55 davon stellten Firmen.

## Sonderregel wegen Pandemie

Grund für den starken Rückgang ist laut Insolvenzverwalter Lucas Flöther aus Halle die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht. Die hatte die Bundesregierung aufgehoben, um Massenpleiten aufgrund der Pandemie zu verhindern. Sie verpflichtet sonst Firmen bei Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit zum Antrag. Viele angeschlagene Unterneh-

men würden weiterhin versuchen, sich über Wasser zu halten, sagte Flöther. Das gelinge auch, weil sie durch staatliche Sonderkredite Zugang zu „billigem Geld“ hätten. „Die Regierung hat ihnen eine Beruhigungsspielle verabreicht“, so der Jurist.

Doch deren Wirkung lässt nach: Ab Oktober sind zahlungsunfähige Firmen wieder zu einem Insolvenzantrag verpflichtet, ab Januar 2021 auch überschuldete Unternehmen. Flöther rechnet daher ab Anfang kommenden

Jahres mit einem massiven Anstieg der Pleiten - allein deshalb, weil derzeit trotz einbrechender Konjunktur weniger Insolvenzen als im Vorjahr beantragt würden. Umso wichtiger sei es, die Antragspflicht wieder scharf zu schalten. Er befürchtet sonst die Verschwendung von Steuergeld. „Wer pleite ist, muss vom Markt genommen werden.“ Langfristig geht Flöther von einem ähnlichen Ausmaß wie bei der Finanzkrise 2008 aus. Im Folgejahr gingen damals laut einer Studie des Verbands der Vereine Creditreform 16 Prozent mehr Insolvenzanträge ein, auch von vielen großen Firmen. Der Schaden für die Wirtschaft stieg um 67 Prozent.

Anders sieht das Steffen Müller vom Institut für Wirtschaftsforschung (IWH) in Halle. Er glaubt, dass die staatlichen Stützen auch angeschlagene Unternehmen weiter am Markt halten. Das sei jedoch ein gravierendes Problem: „Problematisch ist vor allem die extreme Verlängerung des Kurzarbeitergeldes bis Ende 2021“, sagte Müller. Wenn sich die Erholung der Wirtschaft fortsetze, sei klar, dass im kommenden Jahr vor allem solche Betriebe davon Gebrauch machten, die schon vor Corona Probleme hat-

ten oder sich von der Krise nicht mehr erholen werden.

Auch in Sachsen-Anhalt stieg die Zahl der Menschen in Kurzarbeit laut Arbeitsagentur im September an. Für den Arbeitsmarkt und die betroffenen Mitarbeiter sei sie jedoch von großer Bedeutung, sagte Markus Behrens, Geschäftsführer der Landesarbeitsagentur. „Kurzarbeitergeld ist das beste zur Verfügung stehende Mittel, um Arbeitslosigkeit zu verhindern“, so Behrens.

## Hilfen für Firmen

Im Landeswirtschaftsministerium zeigte man sich indes erfreut über den Rückgang an Insolvenzen in Sachsen-Anhalt. Das zeige, dass die Unterstützungsmaßnahmen in der Pandemie greifen, sagte Ministeriumssprecher Robin Baake. Ob es nun durch das Wiederinkraftsetzen der Insolvenzantragspflicht zu einer Pleitewelle komme, lasse sich derzeit noch nicht abschätzen. Doch im Wirtschaftsministerium will man auch für diesen Fall gewappnet sein: Derzeit wird ein Programm für durch Corona angeschlagene Firmen mit bis zu 250 Mitarbeitern erarbeitet. Es soll einen Insolvenzplan mit bis zu 50 Prozent fördern. **► Kommentar Seite 6**



„Die Regierung hat ihnen eine Beruhigungsspielle verabreicht.“

**Lucas Flöther**  
Insolvenzverwalter  
FOTO: DPA